

Stabilitätspakt – quo vadis?

Vor kurzem fragte eine renommierte internationale Zeitung in einem provokanten Aufmacher: „Wo ist eigentlich der Stabilitätspakt?“ Sie gab damit einer Skepsis Ausdruck, die den Stabilitätspakt für Südosteuropa seit seiner Inaugurierung am 31. Juli 1999 in Sarajewo in zunehmendem Maße begleitet. Die ersten Kritiken kamen vorwiegend aus der Region. So wurde der Autor bereits im September 1999 in Varna vom bulgarischen Radio mit skeptischen Fragen über Sinn und Zweck des Stabilitätspaktes konfrontiert. In Sofia wurde ihm im Außenministerium bedeutet, einige EU-Staaten, die sich nicht so recht mit der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft auch für den westlichen Balkan anfreunden konnten, hätten intern bedeutet, der Stabilitätspakt sei quasi eine Alternative zur EU-Mitgliedschaft – was die Sympathie für den Pakt nicht eben steigerte. Hier wurden offensichtlich diejenigen vorstellig, die von Anfang an der deutschen Initiative des Stabilitätspaktes in der EU im Frühjahr 1999 ablehnend gegenüberstanden, sich jedoch nicht durchsetzen konnten, als die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft für die Staaten auch des westlichen Balkan im neuen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess formuliert wurde.

Daneben, so etwa wurde in Gesprächen mit der neuen kroatischen Führung nach ihrer Aufnahme in den Stabilitätspakt im Frühjahr 2000 deutlich, wirkt die Furcht vor

einer Wiederbelebung des alten Jugoslawien durch die Hintertür fort. Die europäische Politik gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien bis 1992 bleibt in Erinnerung.

Im Vorfeld der Wahlen in Bulgarien machte sich schließlich die regierende Union der Demokratischen Kräfte, nicht zuletzt innenpolitisch motiviert, zum Sprachrohr heftiger Kritik am Stabilitätspakt: Der Pakt arbeite zu langsam und zu ineffizient, in der Region selbst sei von den groß angekündigten Projekten bis heute wenig zu spüren, bei der Vielzahl der Projekte fehle die ordnende Hand und im übrigen könne kein Land der Region Finanzen und Personal aufbringen, um tatsächlich bei dieser Vielzahl von Foren kompetent und vorbereitet vertreten zu sein.

Diese Kritik wird so pointiert in den anderen Ländern der Region nicht geteilt. Doch stößt man in allen Ländern in Politik, Medien und Wissenschaft auf ein Maß an Kritik, das zu denken gibt. Eine positive Würdigung des Erreichten gerät beinahe in den Verdacht der unkritischen Übernahme von Regierungspositionen. Eine solche Grundstimmung trägt nicht eben zur konstruktiven, engagierten Mitwirkung im Stabilitätspakt bei und kann sich leicht verselbständigen, mit sehr problematischen Rückwirkungen auf die Mitarbeit der Region am Stabilitätspakt.

Sicherlich sind bei dieser Kritik die vielfach völlig unrea-

listischen Erwartungen an den Stabilitätspakt zu bedenken. Es war von Anfang an illusorisch zu erwarten, der Stabilitätspakt könne quasi als *deus ex machina* die Region in einer großen Kraftanstrengung binnen kurzem aus dem Teufelskreis von wirtschaftlichem Niedergang, nationalistischer Verblendung und ethnisch motivierter Gewalt herausbefördern. Die Ungeduld ist groß und die Bereitschaft und Fähigkeit zur Eigeninitiative in der Region zwar wachsend, doch noch immer gering. Die Parallele zum Marshall-Plan war von daher alles andere als nützlich. Die Ernüchterung kam zwangsläufig. Sie kann auch dazu beitragen, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen, wie die Stärkung der regionalen Kooperation im South East European Cooperation Process und seine beachtlichen Resultate vor allem im Bereich der militärischen Kooperation zeigt.

INHALT

Bodo Hombach:
Ein Brief aus Brüssel

Rafael Biermann:
Stabilitätspakt -
quo vadis?

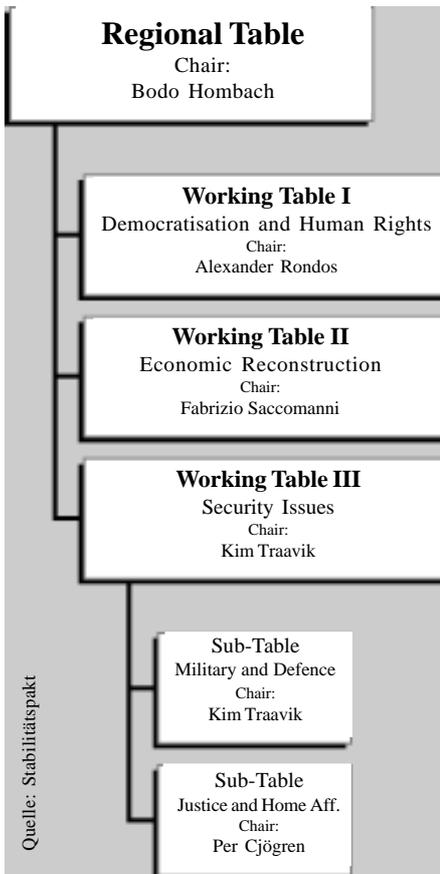
Gjergj Murra:
Albanien und der Stabilitätspakt

Zeljko Kupresak:
Kroatien und die Stabilitätspakt

Emil Mintchev:
Eine Anti-Establishmentwahl in Bulgarien

Gerhard Duda:
Das Projekt „BRIE“

Auffällig jedoch ist, dass auch innerhalb der Europäischen Union, und hier gerade in Deutschland als dem *spiritus rector* des Paktes, eine sehr skeptische Grund-



stimmung überhand gewinnt. Sicherlich hat dies viel mit Unkenntnis über die beträchtliche Zahl sinnvoller, konkreter Projekte zu tun, die der Stabilitätspakt vor Ort in Angriff nimmt. *Bodo Hombach* nennt in seinem Beitrag für diesen SOE-Monitor einige in der Tat gelungene Beispiele; auf den letzten beiden Seiten stellen wir zwei konkrete Projekte vor, an denen das ZEI beteiligt ist. Sie demonstrieren, dass manche Projekte des Stabilitätspaktes sehr wohl rasch zu konkreten Ergebnissen kommen und tatsächlich einen beachtlichen Beitrag zur Stabilisierung der Region leisten. Entscheidend für die Bewertung des Stabilitätspaktes sind die konkreten einzelnen Projekte vor Ort – ihre Auswahl, das Engagement und die Gewissenhaftigkeit in ihrer Durchführung, dazu der effiziente Mitteleinsatz. Darauf haben auch die Steuerzahler einen Anspruch. Das macht jedoch zugleich einen Teil des Problems des Stabilitätspaktes aus – denn wer kann schon die einzelnen Projekte im Detail in ihrer tatsächlichen Wirksamkeit vor Ort evaluieren und dann zu einem begründeten Urteil kommen, das über das einzelne

Projekt hinausreicht? So wird der Stabilitätspakt leicht anfällig für Pauschalurteile jeder Couleur – demotivierend auch für die, die mit großem Engagement bei der Sache sind.

Auch in der westeuropäischen Kritik mischen sich die unterschiedlichsten Motive. Die einen halten den Balkan ohnehin für ein „Fass ohne Boden“ (Beispiel Bosnien), von dem man sich besser fernhält. Andere sehen in der Beitrittsperspektive für Länder wie Bosnien oder Albanien ein Krisenpotential auf die Union, die ohnehin in einer tiefen Identitätskrise steckt, zukommen, das Kohäsion und Handlungsfähigkeit der erweiterten Union endgültig unterminieren kann. Daher die Gedanken, vor allem intern, über eine Alternative zur EU-Mitgliedschaft; daher auch die vornehme Zurückhaltung der Politik, wenn es um die öffentliche Darstellung der Beitrittsperspektive für den westlichen Balkan geht – wo doch die Skepsis der Bundesbürger schon bezüglich Polen und Ungarn groß genug ist. Wieder andere konzentrieren ihre Kritik auf die mangelnde Effizienz, Flexibilität und Wirksamkeit des Stabilitätspaktes selbst und verstärken somit die Kritik aus der Region. Schließlich gibt es solche, die auf die neu aufgeflammtten Krisen im Presevo-Tal und in Mazedonien sehen und fragen, was denn eigentlich der Stabilitätspakt tut. Offensichtlich scheint er nicht viel bewirken zu können.

Dabei ist der Stabilitätspakt für alle, die ihn von Anfang an intensiv verfolgt haben, durchaus besser als sein Ruf. Das Prinzip ist richtig und zukunftsweisend: mittel- und langfristige Konfliktprävention durch die Veränderung von Strukturen und Mentalitäten, die konfliktfördernd sind, als *Ergänzung* zum kurzfristigen Krisenhandeln, das weiterhin notwendig bleibt. Die Lehre aus dem vielfach frustrierenden internationalen Engagement in Südosteuropa seit Beginn der 1990er Jahre war richtig: Das Prinzip des Krisen-Hoppings von Slowenien über Kroatien, Bosnien bis nach Kosovo – stets reaktiv und zu spät – reicht nicht aus. Strukturelle Prävention tut not. Diese Erkenntnis jedoch in der praktischen Politik durchzuhalten, ist ähnlich schwer wie Haushaltskonsolidierung in Zeiten schwächelnder Konjunktur. Der Stabilitätspakt unterliegt dem gleichen Problem, an dem Konfliktprävention immer wieder gescheitert ist: dem Ruf von Medien und Politikern

nach schnellen und sichtbaren Ergebnissen, was dem Rational wie der Arbeitsweise von Konfliktprävention diametral entgegenläuft. Hier geht es um rasche, sichtbare Ergebnisse, dort um kontinuierliches und auch kostspieliges Engagement im Kleinen, hinter den Kulissen, auf der gesellschaftlichen Ebene, um künftiger Gewalt schon heute – da, wo Medien und Politik eben noch nicht hinschauen – vorzubeugen. Auch ein sehr erfolgreich arbeitender Stabilitätspakt wird noch lange brauchen, bis Krisen wie in Mazedonien strukturell der Boden entzogen ist.

Soweit zum Prinzip, das im übrigen auch einen ganzheitlichen Ansatz notwendig macht – das Ineinandergreifen politischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Maßnahmen. Auch der weitere Weg, die Hinzuziehung aller wichtigen internationalen Finanzorganisationen und Staaten, die Geberkonferenz und die Konzentration auf ein rasch zu implementierendes „Quick Start Package“ war wohl sinnvoll, will man genügend Gelder akquirieren und schnelle Ergebnisse in Projekten mit Signalwirkung erzielen. Der Betrag von 2,4 Mrd. Euro, der bei der Geberkonferenz bewilligt wurde, wie auch die 4,6 Mrd. Euro der EU für den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess bilden eine solide finanzielle Grundlage. An Geld mangelt es nicht.

Der logistische Preis war jedoch hoch: die enorm zeitaufwendige Koordination von über 40 internationalen Gebern mit ihren eigenen, über Jahre gewachsenen Denkmustern und Verwaltungen, der

- Reformvorschläge für den Stabilitätspakt finden sich auch in
- EastWest Institute and European Stability Initiative: Democracy, Security and the Future of the Stability Pact for South Eastern Europe, 4. April 2001, sowie Michael Emerson: On the Forming and Reforming of the Stability Pacts: From the Balkans to the Caucasus, Center for European Policy Studies, Policy Brief Nr. 4, Mai 2001. Der Autor selbst hat einen Beitrag über
- „Die europäische Perspektive für den westlichen Balkan. Die EU im Zwiespalt“ für die August-Ausgabe der Zeitschrift „Osteuropa“ geschrieben, die in Kürze erscheint.

| | | | |
|----------------------------------|----------------------------|-------------------|-------------------|
| Quelle: Stabilitätspakt / UNCHR | Bundesrepublik Jugoslawien | 496.400 | Flüchtlinge |
| | | 212.000 | Binnenvertriebene |
| | Kroatien | 22.700 | Flüchtlinge |
| | | 34.500 | Binnenvertriebene |
| | Bosnien und Herzegowina | 55.000 | Flüchtlinge |
| | 518.000 | Binnenvertriebene | |
| Mazedonien | 21.000 | Flüchtlinge | |
| 595.100 Flüchtlinge | | | |
| 764.500 Binnenvertriebene | | | |
| Insgesamt: | | 1.359.600 | |

Aufbau einer immer unübersichtlicher werdenden Organisationsstruktur mit einer auch für Kenner kaum mehr zu überblickenden Zahl von Foren und Arbeitsgruppen, das übliche Gerangel und die Eifersüchteleien im Zusammenwirken internationaler Organisationen, das Überlappen verschiedener sorgsam gehüteter Initiativen und Projekte, was zu Doppelarbeit und Ressourcenverschwendung führt. Viele Facetten der Kritik lassen sich auf die anfänglichen Grundentscheidungen der internationalen Gemeinschaft für den Stabilitätspakt zurückführen, der wie jede andere Initiative auch ein politischer Kompromiss war und leider manche Mängel anderer multilateraler Hilfsprogramme wiederholt.

Letztlich ist dafür jedoch nicht der Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes verantwortlich. Seine etwa 30 Mitarbeiter sind selbst permanent überlastet und können den vielen Foren auch kaum mehr folgen. Wenn schon eine solche Vielzahl von Organisationen beteiligt wird, dann bedarf es einer Autorität, dieses Mammutprojekt mit klarer Hand zu führen. Ohne eindeutige Führungskompetenz lässt sich ein solches Projekt kaum effizient umsetzen. Diese jedoch wurde dem Sonderkoordinator nicht zugebilligt, ebenso wenig wie die Vollmacht zur Bewilligung und das Budget zur Finanzierung zumindest besonders wichtiger Projekte. Der Sonderkoordinator motiviert, koordiniert, ermutigt, initiiert auch - doch entscheiden kann er in der Substanz kaum. Dies hätte die Souveränität des Handelns der beteiligten Regierungen wie der internationalen Organisationen in Frage gestellt.

Die Folge: Es mangelt an strategischer Zielsetzung, an nachvollziehbaren Prioritäten und an einer klaren Begrenzung

der Arbeit auf das, was für die Region wirklich vordringlich ist. Die Struktur des Stabilitätspaktes mit ihren Arbeitstischen hat eine weitere Ebene der Entscheidungsfindung hinzugefügt, also den Weg von der guten Idee zur Implementierung nochmals verlängert. Jede Organisation und Regierung, auch jede NGO, verfolgt dabei ihre eigene Agenda. Viel Geld versickert in Budgets westlicher Organisationen, die für Personal, Studien, Konferenzen, Evaluierungen und Reisen so viel Geld erhalten, dass in der Region selbst zu wenig ankommt. Kenner der Region, die durchaus zum Engagement bereit sind, werden durch langwierige und zeitraubende Bewilligungsverfahren und sonstige bürokratische Prozeduren der einzelnen internationalen Geberorganisationen, die letztlich über die Bewilligung von Projekten und ihre Finanzierung entscheiden, abgeschreckt, zumal wenn - was meist der Fall ist - mehrere Organisationen gleichzeitig ein Projekt fördern. Hinzu kommt bei vielen Projekten die mangelnde Datenbasis und die bürokratische Ineffizienz der Kooperationspartner vor Ort. Der Ausspruch *Hombachs* „Mein Balkan ist Brüssel“ und die unverhohlene Kritik, die Chris Patten an den Bewilligungsprozeduren der EU übt, sind vor diesem Hintergrund zu verstehen. Die Einführung des neuen CARDS-Programmes der EU, das die unübersichtliche Finanzierung aus dem PHARE- und dem OBNOVA-Programm ersetzt, verspricht hier in der Tat Besserung; doch mindert dies nur die Probleme *innerhalb* der EU, einer von vielen Geberorganisationen. Die deutschen nationalen Mittel des Stabilitätspaktes, so sei angemerkt, zeichnen sich dagegen insgesamt durch deutlich weniger Bürokratisierung und klarere Prioritätensetzung aus - wobei auch hier die Prozeduren der einzelnen Förderinsti-

tutionen wie DAAD, HRK etc. entscheidend sind, die im Auftrag der Regierung die Gelder verteilen.

Derzeit befindet sich der Stabilitätspakt in der dritten Phase seiner Realisierung. Der Vorbereitungsphase, die mit dem Gipfel in Sarajewo vom 31. Juli 1999 ihren Abschluss fand, folgte die Konzipierungsphase, in der die Projekte des Quick Start Package identifiziert, projektiert und finanziell dotiert wurden. Seit dem zweiten Regionaltisch im letzten Sommer läuft die Implementierungsphase. Der Pakt muss sich im Konkreten beweisen. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wächst. Soll die kritische Stimmung nicht in Gleichgültigkeit oder gar Kooperationsverweigerung umschlagen, sind einige Weichenstellungen unumgänglich: Es braucht eine anerkannte *lead agency*, mit einem Koordinator aus ihren Reihen, der mit klarer Führungsautorität ausgestattet ist - und nicht einen Koordinator zwischen allen Stühlen als König ohne Land. Diese *lead agency* kann nur die EU im Rahmen der GASP/ESVP sein. Sie wird den Stabilitätspakt auf seine Kernaufgaben zurückführen, die Foren und Arbeitsgruppen erheblich reduzieren oder auslagern, die Projekte einem einzelnen Förderer klar zuordnen und sich überlappende Projekte abgrenzen müssen. Der Stabilitätspakt kann nicht *everybodys darling* sein. Er muss auch entscheiden, welche Themen (nicht Projekte) bewusst *nicht* angegangen werden, oder er verzettelt sich. Dabei muss Leitprinzip sein, dass das Geld tatsächlich dort ankommt, wo es nötig ist - in der Region selbst.

Es geht derzeit nicht um mehr Geld für mehr Projekte - hier sollte die nächste Regionalkonferenz im Oktober keine falschen Erwartungen wecken - sondern um die unbürokratische Umsetzung der beschlossenen, vielfach durchaus sinnvollen Projekte. Und dann muss die EU fortfahren, im eigenen Haus umzusetzen, was sie begonnen hat: die stringente Vereinfachung interner Entscheidungsverfahren, die raschere und transparentere Entscheidung einzelner Projektanträge wie auch die Einführung strikter Zeitlimits und Fahrpläne für jedes Projekt. Vielleicht ist dies dann auch ein Beispiel für andere, das Gleiche zu tun. Der Effekt würde weit über den Stabilitätspakt hinausreichen.

Dr. Rafael Biermann, ZEI

Der *SOE-Monitor* druckt an dieser Stelle Beiträge von Außen- und Europaministern und anderen hochrangigen Politikern ab, die exklusiv für den *SOE-Monitor* geschrieben sind. Wir setzen die Serie heute mit einem Beitrag des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, **Bodo Hombach**, fort.

Ein Brief aus Brüssel

Liebe Freunde,

Ich freue mich, diese Zeilen dem SOE-Monitor, dessen erste Ausgaben wir anerkennend gelesen haben, zukommen zu lassen. Aus mehreren persönlichen Begegnungen mit Ihnen weiß ich, wie sehr Sie sich für die europäische Perspektive dieser Region einsetzen. Von daher komme ich gerne Ihrer Bitte nach, Ihnen eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren Stabilitätspakt zu übermitteln.

Am 28. Juni hat sich zum dritten Mal der Regionaltisch, das höchste Entscheidungsgremium des Stabilitätspaktes, in Brüssel getroffen, um das Erreichte zu bilanzieren und Prioritäten für die weitere



Arbeit zu setzen. Lassen Sie es mich gleich zu Beginn sagen: Es gibt guten Anlass, stolz auf das Erreichte zu sein. Der Vektor stimmt. Im März letzten Jahres haben wir ein „Quick Start Package“ mit 244 Pilotprojekten verabschiedet; die internationalen Geber haben dafür 2,4 Mrd. EURO bereitgestellt. 201 dieser Projekte, über 80 Prozent, sind inzwischen angelaufen. Die Infrastrukturprojekte, vor allem im Transportsektor, stehen im Zentrum. Alle 34 Projekte und Studien aus diesem Bereich haben klare Finanzierungszusagen in Höhe von insgesamt 1,237 Mrd. EURO. Die Ausschreibungen sind vorgenommen, zahlreiche Verträge sind abgeschlossen, einige Großprojekte, die fast 50 Prozent der Gesamtkosten ausmachen, werden bereits implementiert. Das „Quick Start Package“ gehört damit zu den am schnellsten angelaufenen multilateralen Hilfsprogrammen der internationalen Gemeinschaft. Es wird ergänzt durch nationale

Programme wie das der Bundesregierung, die für die nächsten vier Jahre zusätzlich 1,2 Mrd. DM für die Region bereitgestellt hat.

Um Ihnen ein paar praktische Beispiele zu geben, wo der typische Mehrwert des Stabilitätspaktes liegt: Am Rande des Regionaltisches haben sich Kroatien, Bosnien und Herzegowina und die Bundesrepublik Jugoslawien verpflichtet, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft das Schicksal der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in der Region zu lösen. Diese Initiative, noch vor kurzem undenkbar, demonstriert einmal mehr, wie sehr der Stabilitätspakt zur wachsenden Kooperation unter den Balkanstaaten selbst beiträgt. Der Durchbruch in Bosnien im letzten Jahr mit 67.000 Rückkehrern hat diese Initiative begünstigt, an der *Hans Koschnick* als Leiter der Regionalen Rückkehrinitiative des Stabilitätspaktes seinen Anteil hat.

Am gleichen Tag haben sich die sieben Staaten der Region verpflichtet, bis Ende 2002 ein Netzwerk von Freihandelsabkommen zu schaffen, das die ganze Region mit ihren 55 Millionen Konsumenten überspannt. Moldawien, das neu aufgenommen ist, hat sich der Übereinkunft angeschlossen. Mindestens 90 Prozent des Handels wird frei von Zöllen und sonstigen nicht-tarifären Handelshemmnissen sein - dies war mir von Anfang an ein besonderes Anliegen. Auch hier wirkt sich aus, dass die Bundesrepublik Jugoslawien ebenso wie Kroatien seit der demokratischen Wende nun Mitglied, und zwar sehr aktives Mitglied des Stabilitätspaktes ist. Dazu hat nicht zuletzt der Szeged-Prozess im Rahmen des Stabilitätspaktes beigetragen, der durch seine sehr praktische Hilfe für die oppositionellen Städte und Medien in Serbien den Wandel motiviert hat und heute viel für den Aufbau von Städtepartnerschaften gerade auch mit deutschen Städten beiträgt.

Auch der dritte Arbeitstisch hat konkrete Resultate vorzuweisen. Die NATO, die Weltbank, Bulgarien und Rumänien arbeiten eng zusammen, um die sozialen Folgen der Reformen im Verteidigungssektor abzufedern. Im Rahmen eines Programms für entlassenes Militärpersonal wurden bereits etwa 2.000 bulgarische und rumänische Soldaten umgeschult; nun wird das Programm auf andere Länder der Region ausgeweitet. In Elbasan (Albanien) zerstören derzeit gemeinsame albanisch-deutsche und albanisch-kanadische Teams

Tausende von Antipersonenminen und Kleinwaffen. Das Teamprinzip dient dazu, langfristig die albanischen Streitkräfte zu befähigen, diese Aufgabe selbst zu übernehmen.

Ich weiß, die Region wartet ungeduldig auf weitere Ergebnisse. Manche Stimmen meinen, es hätte mehr erreicht werden können. Zweifelsohne wünschen wir uns alle, dass der Stabilitätspakt noch schneller zu Ergebnissen kommt. Sie wissen, wie häufig ich selbst auch öffentlich manche träge Strukturen und Verfahren kritisiert habe. Es dauert noch immer zu lange, bis die versprochene Hilfe tatsächlich vor Ort ankommt. Doch viele Projekte, gerade in der Infrastruktur, brauchen ihre Zeit. Jedes dieser Projekte durchläuft eine umfassende Phase der Evaluierung, Projektierung und Ausschreibung - denn die Geber haben ein Recht darauf, dass ihr Geld sinnvoll eingesetzt wird. Auch gab es wohl Erwartungen, die sich als völlig unrealistisch herausstellten.

Beim Treffen des Regionaltisches haben wir uns auf die wichtigsten künftigen Prioritäten für jeden Arbeitstisch geeinigt. Leitprinzipien werden die Heranführung der Region an die euro-atlantischen Strukturen, die weitere Stärkung der regionalen Kooperation und die Konfliktprävention sein. Die Krisen im Presevo-Tal und in Mazedonien haben gezeigt, dass die Stabilisierung der Region noch vieler Anstrengungen bedarf. Doch auch der Kontrast zu früheren Krisen in der Region sollte gesehen werden: das entschlossene, einmütige und schnelle Engagement vor allem der Europäischen Union, die Verurteilung von Gewalt durch alle Nachbarn wie auch die Zurückhaltung durch die Regierungen in Belgrad und Skopje. Ich selber habe das erste Forum für den inter-ethnischen Dialog in Skopje einberufen, dem alle Fraktionen des Parlamentes angehören. Die Heranbildung eines neuen Miteinanders in der Region ist der Schlüssel für die langfristige und nachhaltige Stabilisierung. Sie braucht Zeit, kontinuierliches Engagement und langen Atem. Was noch vor zwei Jahren eine instabile Region war mit stabilen Inseln, hat sich heute in eine stabilere Region verwandelt mit einigen Ecken der Instabilität.

Bodo Hombach
Sonderkoordinator des
Stabilitätspaktes für Südosteuropa

Albanien und der Stabilitätspakt

Albanien sieht den Stabilitätspakt als einen Prozess, der zur Förderung von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Wohlstand in Südosteuropa beitragen wird. Dieser Prozess sollte zur Überwindung des Erbes der Desintegration und der Rivalität beitragen. Er sollte schrittweise die Disparitäten in der ökonomischen Entwicklung durch wachsende Kooperation und Investitionen überwinden helfen.

Albanien hat sich verpflichtet, eine gemeinsame Strategie für Stabilität und Wachstum in der Region auszuarbeiten und mit seinen regionalen und internationalen Partnern und Gebern bei der Implementierung dieser Strategie zusammen zu arbeiten. Die Koordination des Stabilitätspaktes in Albanien ist institutionalisiert. Der Minister für Wirtschaftskooperation und Handel ist der nationale Koordinator des Stabilitätspaktes. Ihm ist das Sekretariat für den Stabilitätspakt zugeordnet.

Albanien sieht die Vorteile und den Nutzen des regionalen Ansatzes des Stabilitätspaktes, vor allem des 2. Arbeitstisches, in mehreren Elementen:

- Der regionale Ansatz ist ein Schlüssel für ökonomisches Wachstum in Bereichen wie Handel, Privatunternehmen, Finanzdienste, Transport, Wasser und Entwicklung menschlicher Ressourcen.
- Zugleich ist die Verfügbarkeit adäquater Infrastruktur essentiell für Handel, ökonomischen Austausch und soziale Kohäsion in der Region. Die Möglichkeit zu reisen, Kontakt aufzunehmen, sich zu treffen und Handel zu treiben ist notwendig zur Entstehung einer multikulturellen Gesellschaft, in der sich die Menschen wechselseitig respektieren und tolerieren, die gleichzeitig aber auch die ökonomischen, kulturellen und historischen Unterschiede anerkennt.
- Angesichts der geringen Größe der Region und seiner Länder erlaubt es die Entwicklung transnationaler Investitionen und Politiken, Synergien vor allem in den Bereichen Industrieproduktion und Infrastruktur zu nutzen. Zudem schafft ein solches Vorgehen durch Lastenteilung effektivere Möglichkeiten der Finanzierung.
- Schließlich sieht Albanien den Stabilitätspakt als ein Instrument, das der europäischen Integration dient. Das „Quick Start Package“ hat das notwendige Momentum für substantielle interne Reformen geschaffen, welche die Länder der Region näher an die EU heranzuführen. Europäische Integration ist das strategische Ziel der albanischen Regie-

rung. Regionale Integration ist dessen Wegbereiter.

Das albanische Engagement im Stabilitätspakt lässt sich anhand der „Quick Start Projekte“ der drei Arbeitstische verdeutlichen. Im ersten Arbeitstisch liegt der Schwerpunkt auf Erziehung und Minderheitenschutz. 18 Mio. Euro sind für Albanien bereitgestellt. Im Bereich Erziehung ist Albanien an 32 Projekten beteiligt (in Bereichen wie Berufsausbildung, Jugendförderung, höhere Bildung, Geschichtsunterricht, allgemeine Erziehung und Stärkung der Zivilgesellschaft), vier davon gelten ausschließlich Albanien. Alle sind angelaufen. Die drei größten Geber in diesem Bereich sind die USA, Österreich und Deutschland. Albanien ist zudem an sechs Projekten zum Minderheitenschutz beteiligt. Dazu gehören zum Beispiel Seminare über Rechte nationaler Minderheiten, Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder auch Konferenzen zur Einschätzung der Menschenrechtslage auf dem Balkan. Hier sind die größten Geber die EU-Kommission, Italien, die USA und Deutschland. Auch diese Projekte sind angelaufen, ebenso wie eine Reihe von Projekten zur Ausbildung albanischer Journalisten, die vor allem von der EU-Kommission und Deutschland finanziert werden.

Am zweiten Arbeitstisch ist Albanien mit 16 Projekten im Gesamtvolumen von etwa 150 Mio. Euro beteiligt, wovon 136 Mio. Euro für Infrastruktur bereitgestellt sind. Was den Investitionspakt und die Entwicklung des Privatsektors anbelangt, sind erste Erfolge zu verzeichnen in der Etablierung der Ökonomischen Teams der einzelnen Länder für den Investitionspakt, in der Erstellung des albanischen Investitionspakt-Dokuments und seiner Instrumente zur Umsetzung, in der „Strategie zur Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen“ und in der „Strategie zur Förderung von Export und Handel“ (in Entstehung). Unter der Leitung der OECD verpflichtete sich Albanien zur Umsetzung von etwa 100 Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für Investitionen. 20 davon sind bereits umgesetzt. Zudem nimmt Albanien an regionalen Programmen zur Handelserleichterung, zur Strukturreform des Bankwesens etc. teil.

Was die Handelsinitiative anbelangt, so hat der Abschluss von Freihandelsabkommen mit FYROM und mit anderen regionalen Partnern Priorität. Bisher wurden zwei Studien über die nicht-tarifäre Handelshemmnisse und über Freihandelsabkommen erstellt. Albanien macht Fortschrit-

te bei der Reform seines Zollsystems. Eine weitere Zollreduzierung von bis zu 15 Prozent trat im Januar 2001 in Kraft. Das „Quick Start Package“ enthält sieben Infrastrukturprojekte für Albanien mit einem Gesamtvolumen von 112 Mio. USD. Sechs Projekte fördern Straßen und Wasserversorgung, eines betrifft den Energiesektor. Die Implementierung dieser Projekte hat in Albanien gewisse Verzögerungen mit sich gebracht. Verantwortlich sind bürokratische Prozeduren und schwache Koordination ebenso wie mangelnde Akzeptanz mancher Projektentwürfe, die von Gebern entwickelt wurden, bei anderen Gebern. In Albanien wurde eine Arbeitseinheit geschaffen, die die Implementierung der Infrastrukturprojekte permanent überwachen soll.

Auch in den Bereichen Umweltschutz und sozialer Zusammenhalt werden Projekte im Rahmen des „Quick Start Package“ in Albanien umgesetzt. Im Umweltschutz wurde Albanien in fünf regionale Entwicklungsprojekte integriert, die bereits verwirklicht werden. Weitere fünf Projektvorschläge sind in Vorbereitung.

Der dritte Arbeitstisch schließlich hat etwa 2 Mio. Euro - plus 1,77 Mio. Euro für die Anti-Korruptions-Initiative - für Projekte in Albanien (spezifisch oder auch im Rahmen regionaler Projekte) in den Bereichen Verteidigung/Sicherheit und Rechts- und Innenpolitik bereitgestellt. Dazu gehört die Zerstörung von Kleinwaffen inklusive Training von Experten durch Deutschland, die USA und Norwegen ebenso wie humanitäre Minenräumung (das laufende Programm wird von Deutschland mit 510.000 Euro bis 2001 finanziert), technische Hilfe und Training für Reformen in Legislative und Judikative wie auch die Verbesserung der Polizeiausbildung in den Bereichen Drogen, Drogenbekämpfung und Grenzschutz (von Deutschland mit 1,3 Mio. Euro gefördert).

Alles in allem ist es das Verdienst des Stabilitätspaktes, eine strukturierte Partnerschaft entwickelt und dabei eine regionale Ausrichtung gewählt zu haben. Der regionale Ansatz ist in der Tat komplementär zu den nationalen Politiken und sehr wichtig für nachhaltiges Wachstum. In vielen Bereichen hat das „Quick Start Package“ den Anfang für einen wirklichen regionalen Dialog in politischen wie ökonomischen Fragen gesetzt.

Die Trends der regionalen Entwicklung legen eine neue Vision für die nächste Phase des Stabilitätspaktes nahe. Man sollte sich nun auf eine Strategie kon-

zentrieren, die expliziter die politischen Reformen in der Region mit den Investitionen der Geber verbindet, um eine dauerhafte Infrastruktur in der Region zu entwickeln. Während der Fokus des Stabilitätspaktes bisher auf der „Ausweitung“ der Kooperation im sektoralen wie im geographischen Sinn lag, sollte es nun um eine „Vertiefung“ dieser Kooperation und um Konzentration auf die Prioritäten des Stabilitätspaktes gehen.

Die Länder der Region sollten aktiver werden und bei der Entwicklung und Implementierung regionaler Initiativen mehr als „Inhaber“ (*owner*) des Prozesses verstanden werden. Bisher hat die Geberseite primär die Entwicklung der Ereignisse, die Koordination und die Entscheidungen bestimmt. Von den Ländern der Region könnte viel mehr selbst geleistet werden. Jetzt ist die Zeit gekommen, eine zugkräftige Strategie zu entwickeln, die Hilfsprogramme und Investitionen stärker auf Prioritäten der Länder und der Region ausrichtet und daran bindet, parallel zu politischen Reformen, Transparenz, Privatisierung, Wettbewerb und Stärkung von Wachstum und Beschäftigung durch den Privatsektor.

Die regionale Ausrichtung sollte dabei die Unterschiede zwischen den Ländern klar im Auge haben und die bestehenden Asymmetrien im Entwicklungsstand der

nationalen Wirtschaften eliminieren. Das schließt die Notwendigkeit einer Differenzierung mit ein, etwa was die Auswahl von Projekten anbelangt.

Das „Quick Start Package“ ist mehr auf die Projektebene als auf die Programmebene ausgerichtet. Es ist notwendig, dass die Konzepte für die nahe Zukunft auf einem breiteren Rahmen aufbauen, der sich auf Programme und langfristige Strategien konzentriert. Das würde auch die Ko-Finanzierung durch die Geber erleichtern. Ein solcher Ansatz würde die Entwicklung in der Region besser steuern. Zudem würde er einen nachhaltigen Einfluss auf die institutionellen Reformen haben.

Was sie selbst betrifft, sollten sich die Länder der Region – auch Albanien – klar verpflichten, ihre institutionelle Kapazität und ihr Fähigkeitsprofil zu verbessern, um die Hilfsprogramme und die Verteilung der Gelder besser absorbieren und effektiver bewältigen zu können. Albanien hat in dieser Hinsicht bereits eine Reihe von Initiativen gestartet, mit Hilfe vieler Geber. Es strebt eine bessere Auszahlung der Gelder durch effektivere institutionelle Vorkehrungen an. Die Fähigkeiten im Programm-Management sollen verbessert und moderne Managementmethoden sowie entsprechende Software eingeführt werden.

Zudem ist eine Rationalisierung (*streamlining*) von Prioritäten in naher Zukunft erforderlich. Der Stabilitätspakt sollte sich auf weniger Sektoren als Teil der Gesamtstrategie für die mittel- und langfristige Entwicklung der Region konzentrieren.

Die Geschwindigkeit, mit der der Stabilitätspakt umgesetzt wird, ist rekordverdächtig im Angesicht der Dimension seiner Ziele und der Komplexität der Maßnahmen, die zu seiner Umsetzung erforderlich sind. Es war ein neues Experiment, das viele Risiken barg, wie etwa einen Mangel an öffentlicher Zustimmung und mögliches Misstrauen. Der Erfolg der „Quick Start“-Phase hat viel dazu beigetragen, diese Risiken zu beseitigen und eine stärkere Unterstützung auf allen Seiten herbeizuführen. Darauf sollten wir nun bauen. Während der nächsten Phase wird es darauf ankommen, eine besser strukturierte Kommunikationsstrategie über die Verteile und die Herausforderungen des Stabilitätspaktes zu entwickeln.

Gjergj Murra
Direktor des Albanischen Sekretariates für den Stabilitätspakt
(Übersetzung durch die Redaktion)

Kroatien und der Stabilitätspakt – zwei Jahre nach seinem Start

Nach vielen vergeblichen Initiativen für Südosteuropa bietet der Stabilitätspakt den am besten ausgerichteten Stabilisierungsprozess für die Region bisher. Seine prinzipiellen Vorteile liegen darin, dass zum ersten Mal ein Ansatz gewählt wurde, in dem das Konzept von Stabilität über den Bereich der Sicherheit hinausreicht, und dass gleichen Wert auf Demokratisierung, ökonomische Entwicklung und Sicherheitsfragen gelegt wird. Es ist zudem die erste Initiative, die mit dem Angebot einer wirklichen Perspektive der EU- und NATO-Mitgliedschaft verbunden ist. Auch wurde das erste Mal die Region bei der Konzipierung aktiv konsultiert und konnte somit zu seiner Entstehung bereits in der Phase der Formulierung der Grundlagendokumente beitragen. In der Tat muss man, trotz einiger sinnfälliger Probleme, zugeben, dass der Stabilitätspakt der erste Prozess ist, der in aktiver und kreativer Partnerschaft zwischen der internationalen Gemeinschaft und den Ländern der Region entwickelt wurde. Kroatien hat schon immer hervorgehoben, wie wichtig die Stim-

me und die Beiträge der Länder der Region sind. Von Anfang an sollte ihnen dieser Prozess wirklich gehören und auf ihre Bedürfnisse maßgeschneidert sein.

Regionale Kooperation wurde sehr schnell zum Synonym für den Stabilitätspakt. Diese Kooperation spielt nicht nur eine zentrale Rolle für die regionale Stabilität; sie ist auch notwendig, will man die Kriterien für die EU- und die NATO-Mitgliedschaft erfüllen. Für alle Länder der Region wurde klar, dass der Weg nach Brüssel über die regionale Kooperation führt.

Von Anfang an lag die Stärke des Stabilitätspaktes in seinem projektorientierten Ansatz. Leider jedoch entwickelte sich der Prozess bald, anstatt sich auf die Projektimplementierung zu konzentrieren, in eine hochkomplexe Struktur mit fast 30 unterschiedlichen Initiativen in allen drei Arbeitstischen. Dadurch wurde er sehr schwierig zu steuern, zudem extrem teuer, vor allem für kleinere Staaten, bedenkt man, dass jede Initiative mehrere

Treffen an verschiedenen Orten vorsieht. Zusätzlich zur Komplexität hat Kroatien immer wieder auf das wachsende Problem eines Mangels an klaren Regeln bei der Umsetzung der Projekte hingewiesen, was den Prozess noch schwerer zu steuern und auch zu verfallen macht. Dennoch ist es noch immer unklar, auch nach dem dritten Treffen des Regionaltisches, ob der Prozess offen bleibt für neue Projektvorschläge.

In dieser Hinsicht begrüßt Kroatien das neue Strategiepapier („Strategische Rahmenbedingungen und Schlüsselprioritäten“), das beim dritten Treffen des Regionaltisches in Brüssel vorgelegt und verabschiedet wurde. Es kann als gutes Fundament dienen, den Prozess mit weniger und zugleich effizienteren Initiativen zu verschlanken.

Statt unzähliger Treffen und Konferenzen, Strategien und Arbeitspläne hätte der Stabilitätspakt vielleicht etwas mehr materielle Beweise liefern sollen, dass er funktioniert und dass er Ergebnisse er-

zielen kann. Deshalb war die Umsetzung der Infrastrukturprojekte von größter Bedeutung, da deren Fertigstellung als klarer Nachweis für die Öffentlichkeit dienen kann, dass der Stabilitätspakt tatsächlich vorangeht.

In diesem Kontext begrüßt Kroatien den Bericht, der kürzlich vom Sonderkoordinator über den Stand der Implementierung der „Quick Start Projekte“ veröffentlicht wurde, nach dem immerhin 82 Prozent der Projekte mit der Implementierung begonnen haben. Kroatien hat allerdings einige Probleme mit dieser Schätzung, denn nur eines seiner Infrastrukturprojekte hat bisher effektiv gestartet, das Abwasserprojekt in Rijeka, das von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung geleitet und umgesetzt wird und bereits vor der Schaffung des Stabilitätspaktes verhandelt wurde.

Die Implementierung der „Quick Start Projekte“ erfordert einen zusätzlichen An Schub. Dabei ist es ein Faktum, dass manche Verzögerungen auch der mangelnden Absorptionsfähigkeit der Länder zuschreiben sind. Dennoch ist die Umsetzung der bewilligten Projekte eine notwendige Bedingung für die Fortentwicklung des gesamten Stabilitätspaktes. In dieser Hinsicht ist es erforderlich, die Geber aufzufordern, ihren Verpflichtungen auch tatsächlich nachzukommen. Denn die Regionalkonferenz, die dieses Jahr im Oktober in Bukarest geplant ist, kann ihre Ziele nicht erreichen, wenn sie nicht auf dem beachtlichen Erfolg der letztjährigen Regionalen Geberkonferenz in Brüssel aufbaut.

Auch wenn Kroatien die Organisation der anstehenden Regionalkonferenz begrüßt, hofft es doch, dass die Auslassung des Wortes „Geber“ im Titel nichts am Konzept des Stabilitätspaktes als projektorientierter Prozess ändert. Zudem bedarf es zusätzlicher Klärung, wie die laufenden Projekte, vor allem die mittel- und langfristigen, finanziert werden und ob Raum für neue Projektvorschläge bleibt, um den veränderten Bedingungen in der Region in den letzten zwei Jahren gerecht zu werden. Kroatien ist der festen Überzeugung, dass Projektvorschläge, die aus der Region stammen und mit den Sektorstrategien übereinstimmen, auf der Konferenz in Bukarest besonders gefördert werden sollten, wie etwa die Adriatisch-Ionische Autobahn.

Diese Autobahn ist von größter Wichtigkeit für die Region als Ganzes. Es ist sehr zu bedauern, dass ein solches Projekt, das gemeinsam von allen sogenannten „Autobahnländern“ - Italien, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Bun-

desrepublik Jugoslawien/Montenegro, Albanien und Griechenland - vorgelegt wurde, bisher noch nicht als Priorität betrachtet wird. Dennoch hofft Kroatien, dass die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie auf der Konferenz in Bukarest Zustimmung finden wird. Es mag für uns Diplomaten leicht sein, die Vorteile verbesserter Kooperation für die politische Stabilität in der Region zu sehen; doch die Menschen in unseren Ländern wünschen, dass der Stabilitätspakt konkrete und reale Verbesserungen für ihr tägliches Leben bringt.

Wahrscheinlich haben falsche Annahmen den Prozess von Beginn an begleitet. Der Stabilitätspakt ist kein Fonds - das hätte von Anfang an hervorgehoben werden müssen, dann hätte der ganze Prozess niedrigere Erwartungen hervorgerufen. Auf der anderen Seite ist es eine Tatsache, dass der Stabilitätspakt zweifelsohne sehr viel zum Aufbau einer konstruktiven Kooperation zwischen den Ländern der Region beigetragen hat. Die Unterzeichnung des MoU über Handelsliberalisierung und -erleichterung und die Einleitung des „Agenda für Regionale Aktion“ (AREA) für die Flüchtlingsrückkehr, beides am 27. Juli in Brüssel, sind beste Beispiele für substantielle regionale Kooperation, die im besten Interesse jedes Landes der Region ist auf dem Weg in die euro-atlantischen Strukturen. Wir glauben, dass dieser konstruktive Ansatz klar die Bereitschaft der Länder demonstriert, Angelegenheiten gemeinsamen Interesses effizient anzugehen, auf diese Weise ihren Teil der Abmachung erfüllend, um so die internationale Gemeinschaft zu angemessener finanzieller Unterstützung einzuladen.

Die Unterzeichnung des MoU über Handelsliberalisierung und -erleichterung wird hoffentlich zur Anziehung ausländischer Direktinvestitionen beitragen, die für einen tragfähigen ökonomischen Wiederaufbau sehr nötig sind. Kroatien ist sich bewusst, dass die Anziehung von Direktinvestitionen die *conditio sine qua non* für den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft ist und damit auch letztlich für die Integration in den Binnenmarkt. In diesem Sinn hat die kroatische Regierung ein Paket von Investitionsanreizen vorbereitet und das Parlament hat ein neues Gesetz über Investitionen verabschiedet.

Der Stabilitätspakt könnte durch sorgfältig vorbereitete und interessante Projekte ein guter Mechanismus sein, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Einer der Gründe, warum dies nicht geschieht, liegt sicherlich in der ungenügenden Dokumentation und Vorbereitung der Projektvorschläge. Trotz aller Probleme

bietet Kroatien zahllose Investitionsmöglichkeiten. Aber wir müssen lernen, diese komparativen Vorteile zu entwickeln - so etwa im Tourismus, in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittellindustrie. Vor allem für Straße und Schiene, im Energiesektor und für die Modernisierung unserer Flughäfen und die Entwicklung des Mittelstandes sind Investitionen unbedingt nötig.

Wie kann der Stabilitätspakt dazu beitragen, ausländische Investoren nach Kroatien zu ziehen? Er hat die Initiative über den Investitionspakt entwickelt. Dessen Ziel ist es, das ökonomische und strukturelle Fundament für anhaltendes Wachstum und gute Entwicklung in Südosteuropa zu legen. Der Pakt legt eine Reihe von Verpflichtungen für politische Reformen fest, die von den Ländern in der Region umgesetzt werden müssen, um eine robuste und stabile Marktwirtschaft zu schaffen und in wachsendem Maße örtliche und ausländische Direktinvestitionen anzulocken. Dieser Pakt wird niemals eine Erfolgsgeschichte, wenn diese ökonomischen und strukturellen Fundamente nicht primär auf der Ebene jedes Landes selbst, also auf nationaler Ebene gelegt werden.

Das ist ein durchgängiges Grundproblem des Stabilitätspaktes. Er fördert komplexe Initiativen und regionale Politiken auf extrem schwachem Fundament. Jedes Land sollte sich zuvorderst auf seine eigenen Reformen konzentrieren, in Übereinstimmung mit dem individuellen Fortschritt in Richtung auf die Europäische Union. In diesem Sinn stellt der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess den richtigen Rahmen für Kroatiens Entwicklung dar, während all die anderen Initiativen und Prozesse in der Region helfen sollten, die erforderlichen Standards zu erreichen, die erforderlich sind, um der EU beizutreten.

Unser Hauptziel sollte die parallele Bemühung um regionale Kooperation und um Stärkung der nationalen Kapazitäten für die Reformen sein, die auf dem Weg in die EU- und die NATO-Mitgliedschaft nötig sind. In diesem Sinne ist die Zukunft des Stabilitätspaktes offensichtlich: Er sollte zu einem effizienten komplementären Mechanismus zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU wie auch zum Erweiterungsprozess heranreifen. Nur in diesem Sinne kann die volle Realisierung der proklamierten Ziele des Stabilitätspaktes sichergestellt werden.

Zeljko Kupresak
Nationaler Koordinator für den Stabilitätspakt der Republik Kroatien
(Übersetzung durch die Redaktion)

Eine Anti-Establishmentwahl in Bulgarien

„Bulgarien ist nicht mehr dasselbe Land nach diesem Wahltag“ - so begann der Ex-König Bulgariens, *Simeon von Sachsen Coburg-Gotha*, seine Pressekonferenz am Abend des 17. Juni, als der Sieg bei den Parlamentswahlen seiner „Nationalen Bewegung Simeon II“ (NDSW) verkündet wurde. Noch 70 Tage vor dem Wahltag existierte diese Bewegung nicht. Alles sprach dafür, daß die alten Rivalen, die regierende Union der Demokratischen Kräfte (SDS) und die Partei der Ex-Kommunisten, die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), zum zehnten Mal hintereinander ihre Kräfte messen würden und eine von beiden den Sieg davontragen würde.

Die SDS hatte die besseren Chancen: eine volle vierjährige Amtszeit hinter sich, makroökonomische und finanzielle Stabilisierung nach einer wirtschaftlich katastrophalen Regierungszeit der BSP, vielversprechender Beginn der Verhandlungen über die EU-Mitgliedschaft, eine ausgesprochen europäisch und euro-atlantisch orientierte Außenpolitik. Die immer noch andauernden Schwierigkeiten der Transformation, der bescheidene Lebensstandard, die hohe Arbeitslosigkeit (über 18 Prozent im letzten Jahr) und die Korruption besonders in den hohen Etagen der Macht jedoch machten der BSP Hoffnungen auf ein gutes Wahlergebnis. Die Gründung der Zarenbewegung mischte aber alle politischen Karten neu. 70 Tage reichten, um die beiden Großparteien, die den bulgarischen Übergang seit der Wende 1989 bestimmt haben, fast an die politische Peripherie zu verdrängen.

Von der absoluten Mehrheit bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Mai 1997 weit entfernt, konnte die SDS, die zusammen mit zwei anderen bürgerlichen Parteien als die Vereinigten Demokratischen Kräfte antrat (ODS), nur 18,18 Prozent der Stimmen gewinnen. Ihr Erzriva-

le, die BSP, bekam nur etwa ein Prozent weniger Stimmen - 17,15 Prozent. Die Partei der bulgarischen Türken, die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), die zusammen mit zwei weiteren Parteien, der Liberalen Union des Ex-Präsidenten *Zhelev* und einer Partei der bulgarischen Roma auftrat, konnte 7,45 Prozent der Stimmen erlangen. Der Rest, 42,74 Prozent der Stimmen und die Hälfte der Sitze, waren für den Sieger, die NDSW, bestimmt.

Wie war ein so überzeugender Sieg einer Bewegung, deren Wahllisten und Wahlprogramm im letzten Moment gebastelt wurden, überhaupt möglich? Diese Frage beschäftigt noch immer die Analytiker, auch Wochen nach den Wahlen. Alle möglichen Erklärungen, vom Mangel an politischer Kultur und demokratischer Reife bis hin zum Charisma *Simeon II* und seinen populistischen Wahlparolen, sind zu finden. Was am 17. Juni geschah, war ohne Zweifel ein Anti-Establishmentvotum, ein Votum gegen die ganze etablierte politische Klasse des Landes, die im Gegensatz zu den einfachen Bulgaren kaum einen Preis für die Transformation bezahlt und sogar erhebliche Profite durch Vetterwirtschaft und dubiose Privatisierungsgeschäfte erwirtschaftet hat. In einer in hohem Maße egalitär geprägten Gesellschaft wie der bulgarischen war das mehr als genug für den Umschwung in der Wählergunst. Es fehlten nur die neuen Gesichter, die diese wachsende Unzufriedenheit in Wählerstimmen ummünzen konnten. Das war die Stunde *Simeons*; und er nutzte diese Stunde mit seinen lakonischen, aber gut durchdachten Botschaften über die Ankunft einer neuen Zeit mit einer neuen Moral in der Politik und Anständigkeit auf allen Ebenen. Ob das die wahren Absichten des Ex-Zaren sind, oder ob trotz aller Dementis zu einem späteren Zeitpunkt die Restauration der Monarchie doch noch

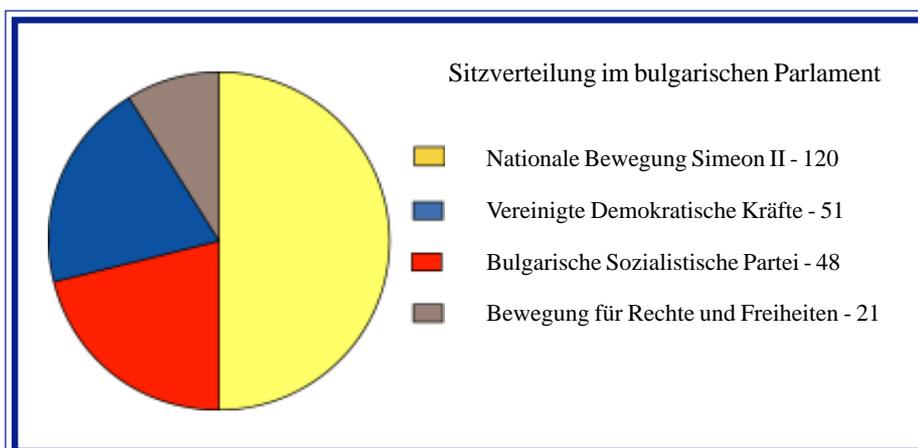
anstehen könnte, kann nur die Zukunft zeigen. Seine Vereidigung als Ministerpräsident im Namen der republikanischen Verfassung wird allerdings zunächst einmal Befürchtungen dieser Art mindern.

Nach dem Wahlsieg unterbreitete die NDSW einen Koalitionsvorschlag an die DPS und die ODS. Die Gespräche zwischen der NDSW und der ODS scheiterten und so kam es zu einer Regierungskoalition zwischen der Zarenbewegung und der Partei der bulgarischen Türken. Allerdings gibt die Tatsache, dass die NDSW alles andere als eine kohärente, gut organisierte und programmatisch ausgerichtete Partei mit genug Erfahrung ist, Anlass zu gewissen Sorgen, wie schnell und erfolgreich das neue Parlament und die neue Regierung die vor dem Land stehenden Probleme anpacken werden.

Steht Bulgarien wieder vor einem Neuanfang? Kaum. Die Grundlinien der bulgarischen Politik liegen fest. Die Integration in die EU und in die NATO benötigt weitere Anstrengungen, die deutlich vorgegeben sind. Kürzere, oder auch leichtere Wege gibt es nicht. Eine Kontinuität in der bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik ist unabdingbar. Dies verspricht auch die Zarenbewegung. Bulgarien hat bis jetzt eine wichtige Stabilisierungsrolle in Südosteuropa gespielt. Der Beitrag Bulgariens zur Stabilität der Region wird von der Weltgemeinschaft und von den westlichen Partnern des Landes hoch geschätzt. Alle erwarten jetzt nach den Wahlen eine Fortsetzung dieser Politik. Bulgarien könnte als EU- und NATO-Kandidat sein regionales Engagement sogar noch verstärken, was bei den Überlegungen über die nächste Runde der NATO-Osterweiterung mit Sicherheit nicht unbemerkt bliebe.

Die großen Herausforderungen vor der neuen Regierung finden sich aber in der Innen- und Wirtschaftspolitik. *Simeon* verspricht, binnen 800 Tagen das Land spürbar zum Guten zu wenden - eine enorm schwierige Aufgabe, für die er neben der Unterstützung seiner Wähler den Beistand der noch fragilen Zivilgesellschaft und der ganzen politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Elite braucht. Der Erfolg bei der Meisterrung dieser Aufgabe könnte nicht nur über die politische Zukunft des Ex-Zaren, sondern auch über die europäische Zukunft Bulgariens bestimmen.

Dr. Emil Mintchev, ZEI



Das Projekt „BRIE“ und die Euroregion Rouse/Giurgiu

Bulgarisch-rumänische Hochschulkooperation an der Donaubrücke

Wer an der einzigen Brücke über die Donau zwischen Rumänien und Bulgarien bei den Städten Rouse und Giurgiu ein emsiges Treiben und einen intensiven Kleinen Grenzverkehr erwartet, wird bis heute enttäuscht. Wie überall in Südosteuropa stoppen historisch-politische Aversionen, unterschiedliche Sprachen und eine desolante Wirtschaftslage, die zu einer Erhebung von zahlreichen Einreisegebühren u.a. durch die beteiligten Kommunen selbst führt, die Kommunikation und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Menschen.

Das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europazentrum (BRIE) ist eine Ende 2000 ins Leben gerufene Initiative, die diesen Zustand verändern soll. Auf rumänischer Seite wird BRIE von der Akademie für Wirtschaftswissenschaften Bukarest gemeinsam mit ihrer neu eingerichteten Außenstelle an der Donaubrücke, dem Wirtschaftscollege in Giurgiu, getragen, sowie auf bulgarischer Seite von der Universität Rouse. Die Projektidee ist im Rahmen der Diskussionen über den Stabilitätspakt für Südosteuropa entwickelt worden und geht auf eine Initiative der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Bonn zurück, die das Projekt auch von Beginn an aktiv begleitet und mit Stabilitätspaktmitteln des BMBF fördert.

BRIE soll ein gemeinsames Dach für die Durchführung europäisch ausgerichteter Studiengänge in deutscher sowie in anderen europäischen Sprachen, insbesondere in Englisch, bilden. Ziel ist es, die Kräfte des rumänischen und des bulgarischen Hochschulwesens an der Donaubrücke zwischen Giurgiu und Rouse zu bündeln. BRIE wird Studiengänge, bei denen es sich um echte internationale und grenzüberschreitende Kooperationen in der Lehre handeln wird, für Studierende aus beiden Staaten und aus der Region Südosteuropa anbieten. Von Anfang an sind in dieses Projekt die Kommunen, Regionalverwaltungen und Grenz- und Zollbehörden einbezogen worden, denn das Projekt BRIE kann als Vorreiter für den Aufbau einer künftigen Euroregion Rouse/Giurgiu in Zukunft auch positiven Einfluss auf die regionale Wirtschaftskooperation beider Staaten haben.

Als Modell für diese neue Art der direkten grenzüberschreitenden Kooperation in Südosteuropa dient die deutsch-polnische Zusammenarbeit an der Oder zwischen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der polnischen Universität Poznan, die zur Gründung des Collegium Polonicum in Slubice an der Oder-Brücke direkt gegenüber von Frankfurt geführt hat. Diese deutsch-polnische Hochschulzusammenarbeit wird in Europa in weiten Kreisen als Erfolgsgeschichte betrachtet. Sie bringt zur Zeit über 3000 Studierende aus beiden Ländern zusammen, die von deutschen und polnischen Professoren unterrichtet werden und jeden Tag in beiden Richtungen über die Brücke wechseln können.

Das Projekt BRIE hat seit seinem Start im Oktober 2000 bereits greifbare Erfolge erzielt. Zu Beginn ist geplant, zwei Master-Studiengänge in deutscher und englischer Sprache für bulgarische, rumänische und südosteuropäische Interessenten anzubieten: „Europäische Studien“ an der Universität Rouse und „Wirtschaftsinformatik“ an dem Wirtschaftscollege der Akademie für Wirtschaftswissenschaften Bukarest in Giurgiu. Die Lehrkräfte werden aus Bulgarien, Rumänien und Deutschland kommen. Nach der Akkreditierung der Studiengänge in Rumänien, Bulgarien und auch in Deutschland, was die Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung und Verleihung von Doppeldiplomen ist, wird die Ausbildung spätestens im September 2002 beginnen. Vier deutsche Universitäten, darunter das Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, die Universität Bremen, die TU Chemnitz und die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder werden die Studiengänge fachlich begleiten. Die gemeinsame Arbeit an den Studienplänen wird zur Zeit abgeschlossen.

In gemeinsamen gemischten Wissenschaftlergruppen wird parallel dazu unter Einschluss der regionalen Politik an einem Konzept für die Euroregion Rouse/Giurgiu gearbeitet, die in Zukunft auch das nahegelegene Bukarest einschließen kann. Das Konzept soll Ende 2001 vorgelegt werden. Davon sollen Impulse für die wirtschaftliche

Entwicklung der Region ausgehen, die durch gemeinsame Lehr- und Weiterbildungsangebote von BRIE begleitet werden könnten.

Die HRK ist bereit, den Gründungsprozess in den ersten beiden Jahren koordinierend zu begleiten und vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung gestellte Stabilitätspaktmittel für die Erneuerung der Ausstattung, für Weiterbildungsmaßnahmen u. a. zu nutzen. Private Stiftungen haben Interesse an der Förderung eines solchen grenzüberschreitenden Projekts signalisiert, und weitere Unterstützer werden gesucht.

BRIE ist ein kompliziertes Projekt in einer vom Niedergang der Schwerindustrie geprägten Region, die sich in einer Randlage befindet. Sein Erfolg wird von der internationalen wissenschaftlichen und finanziellen Unterstützung, aber auch von dem Willen zur Kooperation in Bulgarien und Rumänien selbst abhängen. Die beteiligten Hochschuleinrichtungen werden BRIE zum Bestandteil ihrer Hochschulentwicklungsstrategie machen und Umstrukturierungen vornehmen müssen. Viele Hürden werden dabei noch zu nehmen sein. Die HRK geht aber davon aus, dass sich dieses Projekt im Erfolgsfall zu einem Leuchtturm-Projekt des Stabilitätspakts für Südosteuropa entwickeln wird. Die grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit nach deutsch-polnischem Vorbild könnte so auch zu einem Modell für weitere potentielle Kooperationsstandorte an historisch belasteten Grenzen in Südosteuropa werden. Dies wird Bewegung in die Hochschulbeziehungen und in die Köpfe der künftigen Eliten der Region bringen. Die Entwicklung der Euroregion im Hochschulbereich wird auch die Wirtschaft voranbringen.

Dr. Gerhard Duda
Internationale Abteilung
im Sekretariat der HRK

AUS DER TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

Das Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa

Die Integration Südosteuropas in das vereinte Europa hat als bedeutende Voraussetzung nicht nur die Stabilität und die Prosperität der Region, sondern auch die Heranbildung einer neuen Generation gut ausgebildeter und im europäischen Geist erzogener Akademiker, die die Verwirklichung der europäischen Zukunft der Region als ihre eigene prioritäre Aufgabe begreifen und auch imstande sind, diese Aufgabe erfolgreich zu meistern. „Stabilität durch Bildung“ sollte von daher eine genauso wichtige Investition in die Zukunft der Region sein wie die Modernisierung der Infrastruktur oder die Verbesserung des Lebensstandards. Deshalb startete unter diesem Motto eines der ambitioniertesten Projekte der Task Force Südosteuropa am ZEI – der Aufbau eines „Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa“.

Am 28. und 29. Januar 2000 wurde das Netzwerk auf einer Konferenz in Sofia ins Leben gerufen. Das Netzwerk, das derzeit von der Hochschulrektorenkonferenz und vom DAAD im Rahmen des Programms „Akademischer Neuaufbau Südosteuropas“ gefördert wird, strebt an, über den Aufbau und die Stärkung interdisziplinärer Europäischer Studiengänge in Südosteuropa diese Länder an den über fünfzig Jahre gewachsenen Entwicklungsstand Westeuropas heranzuführen. Um eine solche Heranführung zu ermöglichen, ist ein intensiver Erfahrungsaustausch mit Institutionen in Westeuropa wie dem ZEI unabdingbar, die bereits über langjährige Erfahrung bei der Durchführung solcher Studiengänge verfügen.

Bei der zweiten Konferenz des Netzwerkes am 3. und 4. Oktober 2000 in Cluj (Rumänien) wurden die Weichen für die künftigen Aktivitäten des Netzwerkes gestellt, an dem inzwischen fast 40 Universitäten und Institute aus allen Ländern der Region vertreten sind. Bis Ende nächsten Jahres stehen folgende Aufgaben an:

- Erarbeitung eines Mustercurriculums für Europastudien in der Region
- Publizierung einer Reihe von Grundlagentexten für die Studenten in Südosteuropa (Reader Serie „European Integration and South Eastern Europe“)
- Aufbau von Europazentren mit regionaler Ausstrahlung (wie das auf der vorigen Seite vorgestellte „Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Zentrum für Europastudien“)
- Einsatz neuer Medien (Pilotprojekt: Errichtung eines virtuellen Europa-Studienganges zwischen dem ZEI und Zagreb zur Weiterbildung von kroatischem Regierungspersonal in Europafragen)
- Erarbeitung eines Curriculums und von Lehrmaterialien für die Stärkung des Europawissens an den Schulen (Pilotprojekt: Aufbau einer postgraduierten, einjährigen Lehrerausbildung in Europafragen in Zagreb)
- Lehrkräfteaustausch (in diesem Jahr werden zehn Dozenten überwiegend vom ZEI in der Region für eine Woche lehren)
- Aufbau einer Datenbank mit detaillierten Informationen über die bereits existierenden Europastudiengänge in der Region
- Erstellung einer Homepage des Netzwerkes (inzwischen zugänglich auf der Homepage des ZEI).

Die einzelnen Aktivitäten werden in Arbeitsgruppen realisiert; die ersten beiden – die Arbeitsgruppe Curriculum und die Arbeitsgruppe Neue Medien – trafen sich am 25. November 2000 am Partnerinstitut des ZEI in Zagreb, dem kroatischen Institut für Internationale Beziehungen (IMO). Am 20. Oktober 2001 wird sich die Arbeitsgruppe Curriculum nochmals in Tirana treffen, um das Mustercurriculum für die Europastudienprogramme in Südosteuropa abzusegnen.

Vom 24. bis zum 26. Mai 2001 fand in Thessaloniki die 3. Konferenz des Netzwerkes

statt. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass das Netzwerk seit der Gründung zu einem bedeutenden Forum der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches im akademischen Bereich geworden ist. Das wissenschaftliche Potential der Partner erlaubt es nun, für das Netzwerk neben der Bildungsdimension eine Forschungsdimension anzustreben. So wird sich in Zukunft jede Jahreskonferenz einem spezifischen Thema widmen, das auf der Basis vorher erarbeiteter Fallstudien mit Experten aus der Region und aus der EU erörtert wird. Bei der 4. Netzwerkkonferenz in Belgrad im nächsten Jahr wird diese ergänzende Zielsetzung erstmals umgesetzt.

Zwei Jahre nach seiner Gründung sind im Netzwerk alle bedeutenden Europastudiengänge in der Region vertreten und vernetzen sich zunehmend. Andere Universitäten, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, planen demnächst solche Programme anzubieten und suchen die Unterstützung des Netzwerkes. Die EU-Beitrittsperspektive hat nicht zuletzt den Europastudien in der Region zusätzliche Attraktivität verliehen. Das Netzwerk steht inzwischen mit einer Vielzahl von Institutionen und Regierungen in Südosteuropa wie in der EU in Kontakt. Wenn dadurch die Erziehung junger Menschen in der Region im Geist des vereinten Europa gefördert wird, wenn zur Ausbildung demokratisch engagierter junger Menschen ermutigt wird, die über ihren engen nationalen Horizont hinausschauen und die Zukunft ihrer Region selbst mit gestalten wollen, dann wäre dies ein kleiner, doch langfristig wirkender Beitrag zur Stabilisierung der Region und zu ihrer Heranführung an Europa.

Dr. Emil Mintchev
Kordinator des Netzwerkes für
Südosteuropa, ZEI

Nächste Ausgabe: Die „Albanische Frage“ auf dem Balkan



IMPRESSUM:

Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI
Kordinator: Dr. Rafael Biermann
Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev
Dr. Maria Ivanova

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG
CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STUDIES
RHEINISCHE FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN

ZEI
Walter-Flex-Str. 3
D-53113 Bonn
Fax: 0228 / 731894
e-mail:
soe.monitor@uni-bonn.de